

# Impulse der Kommission I

## „Profil und Programm“

### Friedenspolitik 2.0

Die SPD hat mit ihrem Papier „**Friedenspolitik heute**“ Maßstäbe für sozialdemokratische Positionen im Bereich der zivilen Krisenprävention, Diplomatie und Friedenspolitik gesetzt.

Diese Politik ist federführend bedarf aber einer ständigen Anpassung an neue Gegebenheiten um auf der Höhe der Zeit zu sein.

Hierzu gehören vor allem drei Bereiche. Erstens schwellende territoriale Konflikte in Europa und Unabhängigkeitsbewegungen beispielsweise in Nordirland, Schottland, Katalonien usw. wird ein stures Festhalten an nationalen Lösungsmechanismen nicht gerecht. Es braucht verbindliche internationale aber zumindest europäische Regeln, welche Lösungsmöglichkeiten im Sinne der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zulassen.

Hierzu fordern wir konkret ein möglichst **internationales aber zumindest europäisches Schiedsgericht**, welches beim internationalen Gerichtshof bzw. Europäischen Gerichtshof angesiedelt sein soll. Dieses Schiedsgericht soll Konflikte, die im Spannungsfeld der nationalen Selbstbestimmung und der Unverletzlichkeit der Grenzen entstehen schlichten. Wenn keine Schlichtung möglich ist soll Schiedsgericht kontrollierte Volksabstimmung über eine Separation oder Annexion an einen anderen Staat umsetzen.

Abgesehen von der Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtes und klarer Regeln um das Spannungsfeld zwischen territorialer Integrität und nationalen Selbstbestimmungsrecht zu Gunsten letzteren aufzulösen soll fordern wir eine **internationale bzw. europäische Agentur zur Wahrung von Minderheitenrechten** eingerichtet werden die nationale Unabhängigkeits- oder Anschlussbewegungen unnötig machen soll. Unabhängig davon sollte sich die internationale

Sozialdemokratie in den Ländern mit entwickelter kapitalistischer Produktionsweise für die territoriale Einheit von Staaten einsetzen.

Zweitens die Rüstungspolitik in der EU. Wir stehen für **Abrüstung und strikte Rüstungskontrolle** insbesondere beim Waffenexport in Staaten außerhalb der Nato.

Dies ist unvereinbar mit privaten Rüstungsfirmen. Wir fordern dementsprechend die **Verstaatlichung aller Rüstungsfirmen in der EU**. Bei transnationalen Firmen bietet sich hierbei die Verstaatlichung durch mehrere Nationen an um Kriege innerhalb Europas zu verunmöglichen. Außerdem fordern wir ein Verbot von Waffenlieferungen in Krisengebiete und die Kontrolle des internationalen Waffenhandels um bewaffnete Konflikte zu vermeiden.

Wir lehnen das 2%-Ziel der Nato ebenso wie die Erhöhung des deutschen Rüstungsetats ab. Die SPD, welche vor der Wahl gegen eine Ausweitung des Rüstungsetats auftrat, verspielt in dieser Frage ihre **Glaubwürdigkeit als Friedenspartei**.

Wir wollen stattdessen die Möglichkeiten gemeinschaftlicher europäischer Standards nutzen um Gelder einzusparen. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie verspricht ebenfalls eine günstigere Beschaffung von Rüstungstechnologie und -produkten. Diese Einsparungen sichern auch bei gleichbleibenden Rüstungsetats gut ausgestattete europäische Armeen.

Unser Ziel bleibt eine **vergemeinschaftete Außen- und Sicherheitspolitik der EU** unter Beteiligung und Kontrolle des Europäischen Parlaments. Dazu ist eine Vertragsänderung notwendig. Als mittelfristige Forderung ergibt sich daraus die Überführung nationaler Armeen in eine **gemeinsame europäische Armee**. Diese muss insgesamt einen kleineren Umfang als die bisherigen nationalen europäischen Armeen haben. Damit eröffnen sich große Chancen für konventionelle Abrüstung und einen effizienteren Ressourceneinsatz. Eine Ausrichtung der Bundeswehr auf eine stärkere Verschränkung mit Armeen anderer EU-Mitgliedstaaten wäre dabei ein erster bedeutender Schritt. Die **Gefahr einer deutschen Dominanz** innerhalb einer europäischen Armee wollen wir allerdings entschlossen entgegentreten.

Drittens wollen wir eine **Reform des UN-Sicherheitsrates**. Hierbei muss eine Erweiterung des Sicherheitsrates sowie die Abschaffung Vetorechten im Vordergrund stehen. Wir stehen langfristig für das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen und einen gemeinsamen **Sitz der Europäischen Union** in diesem Gremium.

## **Auf dem Weg zu einer gerechten Weltordnung**

Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung wird den Bedürfnissen der Weltbevölkerung nicht gerecht. Während in den vergangenen Jahrzehnten die absolute Armut gesenkt werden konnte verschärft sich die Ungleichheit innerhalb der Staaten. Eine nachhaltige Reduktion von Armut ist nicht in Aussicht.

Wir sehen die internationalen Organisationen der Sozialdemokratie wie die Sozialistische Internationale und die Progressive Alliance in der Pflicht **Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung** zu formulieren und durchzusetzen.

Ein Kernpunkt ist hierbei die Frage des Freihandels. Für uns ist klar die World Trade Organization, bei all ihren Schwächen, ist das Gremium, welches am ehesten Dialog auf Augenhöhe ermöglicht. Bilaterale Freihandelsabkommen wie sie die EU derzeit durchzusetzen versucht lehnen wir zu **Gunsten multilateraler Freihandelsabkommen auf WTO-Ebene** ab. So kann ein freier und fairer internationaler Handel sichergestellt werden.

Derzeit verhindert der Fokus der EU auf bilaterale Freihandelsabkommen diese Stärkung der WTO. Zu einer Stärkung der WTO gehört aber auch eine Reform zu Lasten der westlichen Industrienationen, sowie eine weitergehende Unabhängigkeit der WTO und Transparenz. Hierfür sollen nach Vorbild der UNO künftig alle Dokumente veröffentlicht werden.

Wir setzen uns gegen einen Handelskrieg mit den USA ein. **Protektionismus ist keine Lösung!** Dazu gehört aber auch die Einsicht, dass die EU in vielen Bereichen höhere Zölle hat als die USA. Die EU sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und **Zölle abbauen**. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Außenhandelsungleichgewichte innerhalb der EU auch weltweit zum Problem geworden sind. Die EU und insbesondere Deutschland hat die Verantwortung eine Wirtschaftspolitik zu führen, welche den **Binnenmarkt vor den Export** setzt damit andere Staaten keine Gegenmaßnahmen ergreifen müssen.

Insbesondere Zölle auf verschiedene Veredelungsstufen diskriminieren Länder der Dritten Welt. Wer eine nachhaltige und gerechte Weltwirtschaft will darf keine Strukturen dulden, welche den Export von Primärprodukten erleichtert aber Produkte mit höherer Wertschöpfung bestraft. Diesen **Missbrauch europäischer Marktmacht zu Lasten von Entwicklungs- und Schwellenländern lehnen wir ab!**

Die EU darf keine Strafzölle mehr verhängen, um Handelsverträge oder Vertragsbestandteile durchzusetzen. Subventionierte Produkte dürfen in Freihandelsabkommen nicht mehr als “sensible Produkte” aus den Verträgen herausgehalten werden. Damit die EU in Zukunft als verantwortungsvoller Partner auftreten kann und einzelne Mitgliedstaaten den Abschluss von Handelsabkommen nicht mehr blockieren können, sollen auch umfassende Freihandelsabkommen durch ein Mehrheitsvotum des Europäischen Parlaments und des Rates zustande kommen. **Eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente soll nicht mehr notwendig sein.** Es darf in solchen Verträgen allerdings keine Investoren-Schutzabkommen und keine Zulassung von Schiedsgerichten geben. Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind in den Programmen und Verträgen für alle Freihandelsverträge der WTO verbindlich zu verankern.

Eine weitere Baustelle ist die Entwicklungszusammenarbeit. Wir fordern, dass alle EU-Staaten mindestens **ein Prozent des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit** ausgibt. Für den EU-Haushalt wollen wir ebenfalls ein Prozent des Haushaltes dieser Aufgabe verwenden.